

Niederschrift

(öffentlich/nichtöffentlich)

über die **31.** Sitzung des Stadtrates der Stadt Coswig (Anhalt)

Sitzungstermin:	Dienstag, 20.05.2014
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	19:35 Uhr
Ort, Raum:	im Ratssaal, Am Markt 1,

Vorsitzender war: **Stadtrat Hatton**
Stellvertretender Vorsitzender war: **Stadträtin Amelung**

Anwesend waren:

Bürgermeisterin Doris Berlin

Fraktion der CDU/FDP
Frau Christel Beier
Herr Albrecht Hatton
Herr Rüdiger Heinemann
Frau Karin Keck
Herr Hans-Peter Klausnitzer
Herr Peter Nössler
Herr Volker Riedel
Herr Stefan Rothelius
Herr Burkhard Schröter
Herr Karl-Heinz Schröter
Herr Henry Stricker
Herr Wolfgang Tylsch
Herr Henry Niestroj

Fraktion der SPD
Herr Manfred Ertelt
Frau Gisela Gebauer
Frau Petra Gorn
Herr André Saage

Fraktion DIE LINKE
Frau Silke Amelung
Herr Klaus Krause
Herr Siegfried Nocke

Fraktion des Bürgerblocks
Herr Olaf Schumann
Herr Ronald Siegert
Herr Enrico Zinne

Fraktionslos
Herr Günther Lutze

Fraktion der FWG
Herr Wolfgang Lewerenz
Herr Kurt Schröter

Es fehlten entschuldigt:

Fraktion der CDU/FDP
Herr Norbert Knichal
Herr Lothar Pohl
Herr Alfred Stein

Fraktion der FWG
Herr Sven Schiller

Fraktionslos
Herr Joachim Krüger

Außerdem waren anwesend: 1 Gast, 5 Mitarbeiter der Verwaltung,
1 Vertreter der Presse (MZ)

Beschlussfähigkeit war gegeben: war nicht gegeben:

Protokoll:**Öffentlicher Teil****1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit. Bestätigung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, eröffnete die Sitzung und teilte mit, dass die Sitzung für das Protokoll auf Tonträger aufgezeichnet wird und weitere Tonbandaufnahmen nicht zugelassen sind.

Er machte die Gäste auf die ausliegenden Beschlussvorlagen des öffentlichen Teiles aufmerksam. Anschließend stellte er die fristgemäße Einladung der Stadträte fest und verwies auf die Veröffentlichung im Amtsblatt und im Schaukasten am Rathaus.

Er teilte mit, dass die Tagesordnung in Übereinstimmung mit der Bürgermeisterin aufgestellt wurde. Danach stellte er die Beschlussfähigkeit fest (neben der Bürgermeisterin sind 26 Stadträte anwesend).

Danach erfolgte die Abstimmung der Tagesordnung wie folgt:

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
32	27	0	27	0	0

2. Hinweis auf den § 31 GO LSA "Mitwirkungsverbot" zu Tagesordnungspunkten dieser Sitzung

Der Vorsitzende gab folgenden Hinweis: Sollte ein Mitglied des Stadtrates oder die Bürgermeisterin vom Mitwirkungsverbot betroffen sein, ist dies vor Beginn der Diskussion zu dem entsprechenden TOP unaufgefordert mitzuteilen und die betreffende Person hat im öffentlichen Teil der Sitzung im Zuschauerraum Platz zu nehmen und im nichtöffentlichen Teil den Sitzungssaal zu verlassen.

3. Einwohnerfragestunde (Zeitlimit 30 min.)

Von den anwesenden Einwohnern gab es keine Anfragen.

4. Auflösung des Grundschulstandortes Cobbelsdorf**Vorlage: COS-BV-721/2014**

Der Vorsitzende verwies auf die allen Stadträten auf den Platz gelegte Beschlussvorlage mit dem Abstimmungsergebnis aus dem Ortschaftsrat Cobbelsdorf.

Stadtrat Tylsch, für die Fraktion CDU/FDP, erinnerte an das Wahlprogramm der SPD vor ca. 5 Jahren, in dem der jetzige Finanzminister versprach „Wir streichen nicht eine Schule, wir streichen alle Schulen“. Dies war damals noch zweideutig zu verstehen, trug aber den Untertitel, dass dies zur Infrastruktur des Landes und zur Sanierung der Einrichtungen beiträgt.

Er kritisierte, dass der Finanzminister bereits damals in seinem Amt war und über die finanzielle Situation des Landes Bescheid wusste, und damit auch den Spardruck des Landes kannte. Er kann auch nachvollziehen, dass das Ansetzen des „Roten Stiftes“ vor allem der demographischen Entwicklung geschuldet ist, aber er versteht nicht, dass man bei dem Wertvollsten anfängt, den Kindern. Beim Sparprogramm sollten andere Maßstäbe angesetzt werden. Der Weg kann es nicht sein, dass man Schulen schließt. Er verwies auf die alte Devise „Kurze Beine – kurze Wege“ hin. Eine Schulschließung ist keine Lösung, sondern nur ein Verschieben von Problemen auf eine andere Ebene. Die negativen Auswirkungen werden sich in noch nicht absehbaren Dimensionen zeigen.

Stadtrat Tylsch äußerte sein Unverständnis über die Beschlussfassung durch den Stadtrat, da die eigentliche Entscheidung, die Schließung des Schulstandortes, bereits durch das Land erfolgte. Aus diesem Grund wird die Fraktion CDU/FDP die Vorlage ablehnen, mit dem Wissen, dass die Bürgermeisterin verpflichtet ist, gegen diesen Beschluss in Widerspruch zu gehen und das bei gleichbleibender Meinung die Kommunalaufsichtsbehörde die Ersatzvornahme zu diesem Beschluss vornimmt.

Stadtrat Ertelt, für die Fraktion der SPD, stimmte den Ausführungen von Stadtrat Tylsch zu, wies aber darauf hin, dass die Landesregierung eine Koalition ist, die nicht nur aus SPD sondern auch aus CDU besteht. Auch er hielt den damaligen Wahlslogan für bedenklich.

Stadtrat Ertelt erinnerte daran, dass bereits vor 300 Jahren (1717) der Alte Fritz in Preußen die Schulpflicht eingeführt hatte. Vor 100 Jahren wurde dann im gesamten Deutschen Reich, und nicht nur in Städten und großen Gemeinden, sondern auch auf den Dörfern, die Schulpflicht eingeführt. Hieran ist seiner Meinung nach ersichtlich, dass sich die Schulpolitik zurück entwickelt.

Aus diesem Grund wird die Fraktion der SPD der vorliegenden Beschlussvorlage nicht zustimmen und bittet alle Stadträte, sich ebenfalls so zu verhalten.

Stadtrat Karl-Heinz Schröter und Ortsbürgermeister der Ortschaft Klieken empfindet es als Desaster, dass die Debatte über die Schließung der Grundschule Cobbelsdorf überhaupt geführt wird. Er erinnerte daran, dass alle möglichen Alternativen, wie u. a. die Öffnung der Schuleinzugsbereiche, ausgelotet wurden, um die Bestandsfähigkeit der Schulen abzusichern. Andere eingebrachte Vorschläge und Varianten wurden von den Entscheidungsträgern abgelehnt, was bei ihm auf Unverständnis traf: Andere Länder beweisen, dass es auch anders geht. Bauchschmerzen hat er, wenn die Kinder über die Stadtgrenzen hinaus in andere Schulen abwandern. Coswig (Anhalt) hat viel in seine Schulen und damit in die Zukunft investiert, deswegen plädierte er auch dafür, diese Schulen für die Coswiger Schüler zu nutzen und Abwanderung über die Stadtgrenze hinaus nicht zuzulassen.

Stadtrat Nocke für die Fraktion DIE LINKE erklärte ebenfalls, dass sie dem Beschluss auf keinem Fall ihre Zustimmung geben werden. Er zeigte sein Unverständnis darüber, dass Entscheidungen des Landes, die längst beschlossene Sache sind, vom Stadtrat beschlossen werden müssen. Er glaubt eher daran, dass das Land „Buhmänner und Buhfrauen“ braucht, die die Verantwortung für diese Entscheidung tragen. Die Fraktion sieht nicht das Problem bei den fehlenden Kindern, sondern eher beim Fehlen von Lehrern.

Stadtrat Nocke verwies auf den kürzlich stattgefundenen Vortrag von Herrn Prasse zu den Wüstungen und merkte an, dass man vielleicht in nächster Zeit von Wüstungen der Neuzeit Made in Sachsen-Anhalt berichten kann, denn mit der Schließung der Schulen wird der ländliche Bereich entblößt.

Die Bürgermeisterin erklärte, dass sie eigentlich zur Genüge zu diesem Thema Stellung genommen hat und umfangreich auch an anderer Stelle, wie z. B. im Demographiebeirat des Landes, auf die Problematik der Schulschließungen und deren demographischen Auswirkungen, die sich für den ländlichen Raum ergeben, hingewiesen hat. Auch die vorgebrachten Vorschläge bereits vor ca. 3 Jahren, die Grundschule Cobbelsdorf zur Außenstelle von Coswig zu machen, wurde vom Landesverwaltungsamt negiert. Ebenfalls die Problematik mit der Schulleiterin und deren Gesundheitszustand wurden negiert. Sie machte auch darauf aufmerksam, dass es in Sachsen-Anhalt bereits klassenübergreifenden Unterricht gibt, aber für Cobbelsdorf wurde auch dies abgelehnt.

Die Bürgermeisterin erläuterte, dass die Verwaltung gesetzlich verpflichtet ist, den Beschluss einzubringen und der Stadtrat entsprechend § 44 GO LSA die Pflicht hat, die Auflösung des Grundschulstandortes Cobbelsdorf zum Ende des Schuljahres 2013/2014 zu beschließen.

Sie merkte an, dass die anstehende Entwicklung Nachwirkungen haben wird, die auch Kosten verursacht.

Die Bürgermeisterin erläuterte, dass Grundgedanke der Zusammenlegung der beiden Grundschulen in Coswig (Anhalt) die Stärkung der Schulen im ländlichen Bereich beinhaltet. Aber den Schulentwicklungsplan beschließt nun mal nicht die Stadt. Deshalb war die Profilierung der Grundschulen auch immer ein zentrales Thema und wurde so auch in den Grundschulen umgesetzt.

Sie wies darauf hin, dass eine Schließung der Grundschule Jeber-Bergfrieden nie zur Debatte stand, dass es trotzdem im Rundfunk genannt wurde, findet sie schlimm. Diese Aussage kam vom Kultusministerium, da sie den von der Stadt vorgelegten Zahlen nicht trauten. Es handelte sich dabei um Zahlen, die von uns dem Landkreis zugearbeitet wurden entsprechend Meldestelle und Geburtenregister.

Die Erhaltung der Grundschulen im ländlichen Raum wird auch zukünftig Hauptaufgabe des Stadtrates sein.

Eine Stadtgrenzen übergreifende Beschulung mit dem Hintergrund der kurzen Wege für die Schüler findet sie gut und wichtig, denn bei dieser Thematik muss man auch über die Grenzen hinaus schauen.

Stadtrat Krause bedankte sich bei der Bürgermeisterin darüber, dass sie bereits in der letzten ordentlichen Stadtratssitzung über die unabwendbare Entwicklung der Grundschule Cobbelsdorf informiert hatte und auch dafür, dass eine Vorinformation an die Schüler, Eltern und Lehrer dieser Schule ging. Das macht es leichter, diesem Beschluss nicht zuzustimmen.

Er merkte an, dass die Prognose der Geburten positiv aussieht und kritisierte, dass an der falschen Stelle gespart wurde und Lehrer entlassen wurden, so dass jetzt ein großer Lehrermangel da ist. Es gibt viel zu viele Ausfallstunden. Er glaubt nicht, dass es ein Zufall ist, dass die Grundschule Jeber-Bergfrieden mit genannt wurde, obwohl sie den Anspruch hat zu bestehen. Aber auch diese Vorgaben können geändert werden, weil die Lehrer fehlen. Er hatte auch in den Schulverbund Hoffnung gesetzt, den die CDU diskutiert hatte, der aber dummerweise 2005 von CDU und FDP abgeschafft wurde. Die Gesetze können zwar geändert werden, aber leider war dies hier nicht der Fall.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
32	27	0	0	26	1

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich vom Stadtrat abgelehnt.

5. Anfragen, Anregungen und Mitteilungen

Stadtrat Krause fragte nach, wie viel Sozialpädagogen in den Schulen eingesetzt sind.

Die Bürgermeisterin antwortete, dass 1 Sozialpädagogin in der Grundschule Am Schillerpark eingesetzt ist, die dann ab September in der gemeinsamen Fröbel-Grundschule tätig sein wird.

Nachdem es keine weiteren Anfragen, Anregungen und Mitteilungen gab, beendete der Vorsitzende den öffentlichen Teil dieser Sitzung.

Nichtöffentlicher Teil

1. **Anfragen, Anregungen und Mitteilungen**

Die Bürgermeisterin teilte folgendes mit:

Da der Stadtrat die Beschlussvorlage COS-BV-721/2014 – Auflösung des Grundschulstandortes Cobbelsdorf – mehrheitlich abgelehnt hat und die Ablehnung des Beschlusses gesetzeswidrig ist, ist sie verpflichtet, dieser Entscheidung des Stadtrates zu widersprechen und gegen diese Ablehnung der Beschlussvorlage durch den Stadtrat der Stadt Coswig (Anhalt) Widerspruch einzulegen.

Die Beschlussvorlage ist nunmehr erneut vom Stadtrat in einer Stadtratssitzung zu behandeln. Als Termin schlug sie den 17. Juni 2014, 17:30 Uhr vor.

Wird der Beschluss abermals abgelehnt, ist diese Angelegenheit der Rechtsaufsichtsbehörde des Landkreises zu übergeben, wo es dann zu einer Ersatzvornahme kommt.

Von Seiten des Stadtrates herrschte allgemeines Einverständnis.

Nachdem es keine weiteren Anfragen, Anregungen und Mitteilungen gab, beendete der Vorsitzende den nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung, stellte die Öffentlichkeit wieder her und schloss die Sitzung.

Coswig (Anhalt), den 22.5.2014

Hatton
Vorsitzender des Stadtrates

Engel
Protokollantin